

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit nunmehr über zwei Jahren stehen der Abwasserzweckverband Pfattertal und seine Organe im Kreuzfeuer der Kritik.

Diese hat im Artikel der Mittelbayerischen Zeitung vom 17.12.2010 ihren Höhepunkt erreicht.

Dem Vorsitzenden des Abwasserzweckverbands, Hubert Achhammer wird in diesem Artikel und dem dazugehörigen Kommentar vorgeworfen, durch einen rechtswidrigen Beratungsauftrag die Prüfung des AZV und seiner Tochterunternehmen massiv behindert zu haben.

Diese Vorwürfe sind in vollem Umfang falsch.

Ausgangspunkt für den Artikel der Mittelbayerischen Zeitung war die folgende Zusammenfassung des Landratsamts Regensburg des Prüfungsberichts der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle:

#### 2.1.1

*Der jetzige Verwaltungsratsvorsitzende war dafür verantwortlich, dass die VBA der Wirtschaftsberatungsgesellschaft im Zusammenhang mit der Untersuchung des Finanzierungssystems und der Beratung gegen das Landratsamt und den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband Beraterhonorare in Höhe von über 40.000,00 € zahlte. Die abgerechneten Beratungsleistungen bestanden dabei teilweise darin, die Prüfungsarbeiten durch den BKPV zu verhindern oder zumindest zu erschweren und die Prüfungsrechte des Landratsamtes zu beschneiden.*

Im Original-Prüfungsbericht der staatlichen Rechnungsprüfung des Landratsamts hingegen ist eine Prüfungsbehinderung durch Herrn Achhammer nicht ersichtlich. Der dortige Text lautet nämlich wie folgt:

#### 3.5

*Die Rechnungen vom 05.03.2009 über 8.032,50 €, vom 25.04.2009 über 10.710,00 € vom 09.06.2009 über 11.379,37 € vom 10.08.2009 über 11.490,94 € und vom 16.10.2009 über 2.677,50 € (zusammengefasst in Anlage 32), insgesamt also über 44.290,31 €, beziehen sich hauptsächlich auf Beratungsleistungen bezüglich der Finanzsituation der VBA und gegen das Landratsamt Regensburg hinsichtlich der geforderten Beauftragung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, der Prüfungsrechte und der bereits vorgenommenen Feststellungen des staatlichen Rechnungsprüfers hinsichtlich der strukturellen Probleme des Konzerns.*

*Dieses, mit erheblichen Kosten verbundene, Vorgehen ist zumindest als äußerst ungewöhnlich zu werten. Die Rechnungen wurden vom jetzigen Verwaltungsratsvorsitzenden Achhammer als Anordnungsbefugten bestätigt (12.03.2009, 28.04.2009, 22.06.2009, 27.10.2009). Von der Rechnung vom 10.08.2009 hatte der Verwaltungsratsvorsitzende zumindest Kenntnis.*

*Ein entsprechender Beschluss des Verwaltungsrats oder aber eine Information über die Kosten der Rechtsberatung konnte nicht festgestellt werden.*

*Die Ausführungen der W sind sämtlich als unbrauchbar zu werten. Die Gründe für die Vehemenz und Ausdauer, mit der der Geschäftsführer der W und Aufsichtsratsvorsitzende der KSE AG versuchte, eine Beauftragung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands*

*und die Prüfungshandlungen der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle zu ver- bzw. zu behindern und dabei Konzernorgane massiv unter Druck setzte (vgl. u.a. E-Mail vom Vertreter der W an den Verwaltungsratsvorsitzenden Achhammer, Anlage 32 b), werden angesichts der Prüfungsergebnisse offenbar.*

Zum besseren Verständnis der Vorgänge muss gesagt werden, dass bereits mit dem Amtsantritt in der konstituierenden Sitzung der VBA (Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbands / Tochterunternehmen des AZV) Herr Achhammer auf Transparenz bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Situation des AZV gedrängt hat.

Er war sich frühzeitig zusammen mit dem Verwaltungsrat der VBA (alle Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden) einig, das gesamte Prüfungsverfahren schnellstmöglich durchführen zu lassen.

Warum sollte nun Herr Achhammer ein Interesse an einer Behinderung der Prüfung gehabt haben?

Bereits im April 2009 hat der Verwaltungsrat beschlossen, die VBA inklusive seiner beiden Tochterunternehmen BSM mbH (Betriebs- und Sanierungsgesellschaft Mintraching GmbH) und KSE AG (Klärschlamm Entsorgung AG) einer umfassenden Prüfung durch den BKPV (Bayerischer kommunaler Prüfungsverband) und der Rechtsaufsicht des Landratsamtes zu unterziehen.

Dabei musste berücksichtigt werden, dass die VBA dem kommunalen Recht und die BSM GmbH und die KSE AG dem Privatrecht unterliegen. Diese unterschiedliche Rechtslage musste für eine gemeinsame Prüfung in Einklang gebracht werden.

Es durften unter keinen Umständen die Rechte der beteiligten Unternehmen und deren Organe verletzt werden, da unter Umständen mit erheblichen Schadenersatzforderungen zu rechnen war.

Deshalb mussten erst die rechtlichen Hürden aus dem Weg geräumt werden, was vor allem bei der KSE AG sehr schwierig war, da die Zustimmung des Aufsichtsrates zur Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist. Denn der KSE-Aufsichtsratsvorsitzende und gleichzeitige Wirtschaftsberater hat das Verflechtungskonzept des Zweckverbandes, das jetzt in der Kritik steht, mitentwickelt, was erklärt, warum sich der gesamte Aufsichtsrat lange Zeit gegen jede Form der rechtsaufsichtlichen Prüfung vehement gesperrt hat.

Nur durch intensives langwieriges Bemühen gelang es Herrn Achhammer, die Prüfung mit der gesetzlich notwendigen Zustimmung des Aufsichtsrates der KSE AG durchzusetzen.

Bei der VBA bestand zu diesem Zeitpunkt ein erhebliches Insolvenzrisiko, das den gesamten Verband betroffen hätte. In diesem Fall wäre Herr Achhammer dem Vorwurf der Insolvenzverschleppung ausgesetzt gewesen.

Es galt daher, unter allen Umständen eine Insolvenz zu verhindern. Auch deshalb wurde ein Beratungsauftrag an den Wirtschaftsberater erteilt, der mit der Materie und den Strukturen vertraut war.

Dass sich die Ergebnisse dieser Beratung als völlig unzureichend darstellen würden, konnte zum Zeitpunkt der Auftragserteilung weder Herr Achhammer noch der Verwaltungsrat vermuten. Als dies erkennbar wurde, veranlasste Herr Achhammer, dass die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsberater umgehend eingestellt wurde.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass das Honorar für den Wirtschaftsprüfer teilweise zum Teil auch für verwertbare Gutachten bezahlt wurde.

Hubert Achhammer hat während seiner Amtszeit die Kommunikation und Information des Verwaltungsrates und der Verbandsversammlung erheblich verbessert.

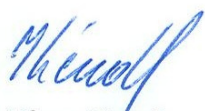
Dies wird auch von der Rechtsaufsicht des Landratsamtes so bestätigt.

Aus diesen Gründen hat der Verwaltungsrat - die Unterzeichner dieses Briefes - in geheimer Abstimmung am 20.12.2010 dem Vorsitzenden Hubert Achhammer einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen.

Der Verwaltungsrat der VBA ist fest entschlossen, gemeinsam mit Herrn Achhammer als Vorsitzenden, die schwerwiegenden Fehler der Vergangenheit aufzuklären und aufzuarbeiten.

Nachdem alle Prüfungen abgeschlossen wurden, sind wir nun in der Lage, Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, über die bereits geleistete Aufklärungsarbeit, die damit verbundenen Veränderungen und die Zukunftsperspektiven des Konzerns AZV zu informieren. Dies setzt der Vorsitzende mit großem persönlichem Engagement derzeit um. Das Ergebnis wird eine Informationsbroschüre sein, die Anfang 2011 an alle Haushalte im Verbandsgebiet verteilt wird.

Mit freundlichen Grüßen



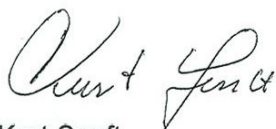
Alfons Kiendl  
Bürgermeister Thalmassing



Alfons Lang  
Bürgermeister Obertraubling



Klaus Schönborn  
Bürgermeister Köfering



Kurt Senft  
Bürgermeister Mintraching



Helmut Stiegler  
Bürgermeister Alteglofsheim



Harald Bauer  
Verwaltungsrat



Gerhard Kiendl  
Verwaltungsrat



Heribert Pritzl  
Verwaltungsrat